

Stellungnahme des Vorstandes zur abweisenden Antwort des Petitionsausschusses des Bundestages

vom 17.05.2019 auf ein Schreiben der ISOR
an Politiker in Regierungsverantwortung

Den Hinweisen des Bundesverfassungsgerichtes folgend, eine Korrektur des 2. AAÜG-Änderungsgesetzes auf politischem Weg zu erreichen, hatte sich der Vorstand der ISOR in gleichlautenden Schreiben an die Bundeskanzlerin, an Bundesministerien, Fraktionen und Ausschüsse im Bundestag gewandt und dazu letztlich vom Petitionsausschuss eine abweisende Antwort erhalten.

Ohne sich die Mühe zu machen, auf unsere konkreten Argumente einzugehen, hat der Petitionsausschuss unser Anliegen, nach 28 Jahren endlich zur Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren, zurückgewiesen.

Gebetsmühlenartig und in verschiedenen Varianten wird dabei immer wieder betont, dass der bundesdeutsche Gesetzgeber bei der Überführung des Sonderversorgungssystems des MfS in die allgemeine Rentenversicherung berechtigt und verpflichtet gewesen sei, „ungerechtfertigte Leistungen abzuschaffen und überhöhte Leistungen abzubauen“. Von einer Einzelfallprüfung hat der Gesetzgeber keinen Gebrauch gemacht und für eine pauschale Regelung nur allgemeine, nicht ausreichend belegte Gründe, vorgebracht.

In einem Land, in dem Manager der DAX-Unternehmen durchschnittlich das 52-fache ihrer Arbeiter und Angestellten verdienen, in dem Mitarbeiter der Geheimdienste nicht nur überdurchschnittlich verdienen sondern als Beamte auch in ihrer Altersversorgung privilegiert sind, gilt ein durchschnittliches MfS-Einkommen, das knapp dem 1,6-fachen des Durchschnittseinkommens in der Volkswirtschaft der DDR entsprach, schon als Anlass für rigorose Einschnitte in die Rentenversorgung. Dabei wird völlig negiert, dass sich die MfS-Einkommen (durch Gutachten belegt) nur unwesentlich

von den Einkommen in den anderen bewaffneten Organen der DDR unterschieden und auch andere Personengruppen der DDR überdurchschnittlich oder sogar noch deutlich mehr verdient haben.

Die Abstrafung der Mitarbeiter des MfS, die laut Petitionsausschuss angeblich nicht „an persönliche Schuld oder politische Ge- sinnung“ anknüpft, stehe auch in Übereinstimmung mit dem Willen der Volkskammer der DDR, die bereits eine erhebliche Rentenkürzung verfügt habe. Tatsache ist aber, dass die von der Volkskammer beschlossene Kürzung der MfS-Renten auf maximal 990,- DM dem Doppelten einer Mindestrente der DDR und umgerechnet 1,47 Entgeltpunkten entsprach. Obwohl es sich bei dem Aufhebungsgesetz der Volkskammer um im Bundesrecht fortgeltendes DDR-Recht gehandelt hat, wurde ohne weitere Begründung eine Kürzung der MfS-Renten zunächst auf maximal 0,7 Entgeltpunkte vorgenommen. Damit wurde das Anliegen der Volkskammer der DDR grob verfälscht und fortgeltendes DDR-Recht durch Kolonialrecht ersetzt. In fataler Weise entsprachen diese 0,7 Entgeltpunkte genau dem Wert, den die Faschisten in den von ihnen okkupierten Gebieten der dortigen Bevölkerung maximal bei der Rentenberechnung zugestanden hatten. Nur die Nazis hatten damit das seit Bismarck geltende Prinzip der Wertneutralität des Rentenrechts durchbrochen, woran dann der „deutsche Rechtsstaat“ nahtlos angeknüpft hat.

Um das MfS nicht als alleinigen Sündenbock für die gehasste DDR erscheinen zu lassen, wurden auch Rentenkürzungen für eine Gruppe herausgehobener Funktionsträger der DDR verfügt, denen wahrheitswidrig eine Weisungsbefugnis gegenüber dem MfS unterstellt wurde und die angeblich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Spitzennomenklatur

„Der Palast lebt“

Isor aktuell Juli 2019

Dr. Martina Bunge schreibt
dazu aus Rostock

Hallo liebe Mitstreiterinnen,
die Ausstellung in der Kunsthalle ist
mehr als ein Satz in dem Artikel wert!
Als Rostockerin und seinerzeit glühende
Verfechterin des Erhalts des Palastes,
bin ich interessiert in die Ausstellung
unserer Kunsthalle gegangen.
Ansprechend und viele Details vermit-
telnd, die weder ich noch mein Sohn
wussten - ich bin stolz auf unsere Kun-
sthalle - geht hin...
Und mutig, aber sicher richtig - der Ab-
schlussatz an der Wand:
**Das, was der Palast konnte, wird
das Schloss nie können.**



Mit solidarischem Gruß **Martina Bunge**

„Teil des Gesamtkonzepts der Selbstprivilegierung“ gewesen seien. Ihnen wird für die Zeit der Ausübung bestimmter Funktionen (darunter auch die ehrenamtliche Tätigkeit in den Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen der SED) maximal ein Entgeltpunkt für die Rentenberechnung zuerkannt. Auch ihnen werden ungerechtfertigte und überhöhte Entgelte zur Last gelegt. Danach durfte ein Minister der DDR nicht mehr verdienen als ein durchschnittlicher DDR-Bürger. Sein Einkommen gilt allerdings erst dann als überhöht und nicht gerechtfertigt, wenn er vom Hauptabteilungsleiter zum Minister befördert wurde. Die mehrfach vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen erhobene Forderung, derartige Diskriminierungen ostdeutscher Bürger zu beenden, war dem Petitionsausschuss noch nicht einmal eine Erwähnung wert.

Nicht der Betrachtung wert war dem Petitionsausschuss auch die aus der pauschalen Rentenkürzung folgende zusätzliche Diskriminierung von Hoch- und Fachschulkadern, die selbst nach dem Fremdrentengesetz -

ohne jegliche Einzahlung in die deutschen Rentenkassen – eine überdurchschnittliche Rente erhalten würden.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich bei der Nichtannahme der betreffenden Verfassungsbeschwerden 2004 und 2016 auf seine bereits 1999 vertretene Position zurückgezogen, wonach der Gesetzgeber jederzeit über den Mindestsatz von 1,0 Entgeltpunkten hinaus gehen könnte. Der Petitionsausschuss teilt dazu mit, dass sich dafür keine parlamentarischen Mehrheiten gefunden hätten. Wie in der Vergangenheit auch, wurden damit Vorschläge der Partei DIE LINKE, die unser Anliegen aufgegriffen hatten, sowohl im Petitionsausschuss als auch im Bundestag abgelehnt.

Die gleichen Leute, die allein bei der Erwähnung des Wortes „Enteignung“ in Schnappatmung verfallen, haben keine Probleme damit, ca. 100.000 Personen von durch Beitragszahlung erworbenen Rentenansprüchen zu enteignen. Zivilisatorische Werte wie die Achtung der Menschenwürde oder Gleichheit vor dem Gesetz werden mit Füßen getreten, wenn es darum geht, an politischen Gegnern von einst ein Exempel zu statuieren, stellvertretend für alle, die es gewagt hatten, die heilige kapitalistische Ordnung anzutasten oder es jemals wieder versuchen könnten.

Auch 70 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes und im 30. Jahr des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik

liegt damit die Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse immer noch in weiter Ferne, erweist sich die Bundesrepublik als ein „Unrechtsstaat“, gegen den unsere Solidarität und unser Zusammenhalt weiter eingesetzt werden müssen.

Unser politischer Kampf zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit und damit für den sozialen Frieden in Deutschland geht weiter.

Die Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft sollten klug entscheiden, welchen Politiker und welcher Partei sie bei den bevorstehenden Landtagswahlen ihre Stimme geben.

*

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand gedachte zu Beginn seiner Sitzung in einer Minute ehrenden Gedenkens den im ersten Halbjahr 2019 verstorbenen 198 Mitgliedern der ISOR, darunter unseren Ehrenmitgliedern Dr. Gerhard Dylla, Manfred Volland und Walter Menz.

*

Nach den widersprüchlichen Urteilen des Landessozialgerichtes Sachsen zur Anerkennung von Zulagen/Zuschlägen als rentenwirksame Leistungen beschloss der Vorstand, die Nicht-zulassungsbeschwerden von zwei ISOR-Mitgliedern beim BSG zu befürworten und diese finanziell zu unterstützen. Ziel ist die Herbeiführung einer Grundsatzentscheidung des Landessozialgerichtes. Der Vorstand würdigte das Engagement von Landespolitikern der Partei DIE LINKE, die maßgeblich zu den bisherigen positiven Entscheidungen in den Ländern beigetragen haben und uns weiter aktiv unterstützen.

*

Der vorgelegte Entwurf eines Schreibens an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Zusammenhang mit der geplanten erneuten Verlängerung der Überprüfungen auf „Stasi-Mitarbeit“ wurde vom Vorstand bestätigt.

*

Der Entwurf einer Dokumentation mit dem Titel „Strafrechten - Markenzeichen des bundesdeutschen Rechtsstaates“, in dem die ISOR-Schreiben an Politiker und die entsprechenden Reaktionen sowie eine Stellungnahme des Vorstandes veröffentlicht werden, fand die Zustimmung des Vorstandes. Alle TIG werden Exemplare dieser Broschüre erhalten.

Diese Broschüre wird auch auf der ISOR-Webseite eingestellt.

*

Der Schatzmeister berichtete, dass die finanzielle Lage der ISOR trotz erhöhter Zuwendungen an die TIG weiter stabil ist.

*

Auf Einladung des Vorstandes war die Autorin des Leitartikels in der April-Ausgabe von **ISOR aktuell**, Genossin Prof. Dr. Helga Picht, am 2. Juli Gast unserer Redaktion. Die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff und Joachim Bonatz dankten Genossin Picht für ihren Beitrag über Korea, der weit über unsere Mitglieder ein großes Echo ausgelöst hat. Die Gesprächsteilnehmer loteten die Möglichkeiten aus, die für weiterführende Publikationen zu diesem brisanten Thema bestehen und dankten der bekannten Koreanerin für ihre prinzipielle Bereitschaft dazu.

*

Der Vorsitzende der ISOR e.V. hat an die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Frau Christine Lüders ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Sehr geehrte Frau Lüders,
nach einem Beschluss des Bundeskabinetts soll der Deutsche Bundestag noch in diesem Jahr eine Novellierung des Stasi-Unterlagen gesetzes beschließen, mit der die Fristen für die Überprüfung auf „Stasi-Mitarbeit“ erneut, diesmal auf insgesamt 40 Jahre, verlängert werden sollen.

In Deutschland verjähren alle Straftaten (außer Mord und Völkermord) nach 30 Jahren. Wer straffällig wurde und seine Strafe verbüßt hat, erhält bereits nach 10 Jahren in seinem Führungszeugnis den Eintrag „nicht vorbestraft“ (Ausnahme lebenslängliche Strafen und Sicherungsverwahrung), nach 20 Jahren wird seine Strafe aus dem Bundeszentralregister gelöscht, seine Straftat darf ihn dann nicht mehr vorgehalten werden.

Das bereits jetzt rechtstaatlich fragwürdige Gesetz würde die Diskriminierung mehrerer Hunderttausender ehemaliger hauptamtlicher und inoffizieller Mitarbeiter des MfS aufrechterhalten, indem es diese – obwohl sie in der DDR eine legitime Tätigkeit ausgeübt haben und sich nicht strafbar gemacht haben – schlechter stellt als Schwerstkriminelle. Die vom Grundgesetz geforderte Gleichheit vor dem Gesetz, jede Verhältnismäßigkeit bei der Anwendung des Rechts werden grob missachtet.

Hinzu kommt, dass eine solche Novellierung keinerlei praktischen Nutzen verspricht, da der betroffene Personenkreis sich entweder bereits im Rentenalter oder im Vorrentenalter befindet und deshalb eine Bewerbung für den öffentlichen Dienst immer unwahrscheinlicher wird. Einzige nachvollziehbare Begründung ist die Pflege eines lieb gewordenen Feindbildes. Möglicherweise werden Sie sich für dieses Problem nicht zuständig erklären oder sogar das Handeln der Bundesregierung rechtfer tigen. Die Mitglieder meiner Organisation wären trotzdem sehr daran interessiert, Ihre Argumentation kennenzulernen. Hochachtungsvoll

Horst Parton

*

Weltfriedenstag 2019

Hans-Joachim Friedrich

Als am 1. September 1939 die faschistische Wehrmacht die Republik Polen überfiel, war ich 9 Monate alt und lebte in Berlin. Dieses Ereignis, der sich daraus entwickelnde Zweite Weltkrieg und sein Ende bestimmten und bestimmen noch immer mein ganzes Leben. Die Nächte im Bombenkeller, die Brandbekämpfungseinsätze der Frauen und älteren Männer aus dem Wohnhaus, die Leichen auf den Straßen nach den Bombardierungen, brennende Häuser und verzweifelte Menschen, wie die Sorge der Mutter, dass mein Vater als Soldat überlebt, prägten meine ersten Lebensjahre. Eine Steigerung erfuhr diese Erfahrung mit dem sogenannten Endkampf um Berlin.

Welche Verwunderung, als am 2. Mai 1945 die Waffen schwiegen. Die Menschen kamen aus den Kellern und ich sah die ersten „Russen“. Nichts stimmte von der faschistischen Propaganda. Sie waren den Kindern gegenüber freundlich, aber oftmals auch so müde, dass sie an Ort und Stelle einschliefen. Als die ersten sowjetischen Kampftruppen aus dem Stadtzentrum abgezogen wurden - ich war damals 6 Jahre alt - hörte ich zum ersten Mal, dass sie nun gegen die Japaner kämpfen würden und es weitere Verheerungen in der Welt gab. Jeder Tag des Friedens - bei allen Erschwerissen und Problemen dieser Zeit - brachte Fortschritt, und die Menschen fassten wieder Mut. Zwei Lösungen, die mir aus dieser Zeit in Erinnerung sind, lauten:

**Hätten wir doch den Kommunisten geglaubt. Sie hatten immer gesagt: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“
Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!**

In diese Zeit fällt auch meine Freundschaft mit dem Sohn eines sowjetischen Offiziers, die jedoch durch die Versetzung des Vaters bald wieder endete.

Allgemein bekannt ist, wie sich das Verhältnis zwischen den Alliierten änderte, die Spannungen zunahmen und die Versuche, ein demokratisches, antifaschistisches und friedliebendes Deutschland aufzubauen gestört und mit der Spaltung Deutschlands letztlich verhindert wurden. Nicht Verhandlungen und friedliche Lösungen von Problemen

in der Welt, sondern Drohungen, Krieg und der Einsatz der Atombombe standen auf der Tagesordnung, was ständig ein aktives Handeln aller friedliebenden Menschen erforderte. Damals entstand auch ein Lied, in dem es heißt: „Für den Frieden der Welt steht die Menschheit auf Wacht“ und wir als junge FDJler sammelten Unterschriften für den Stockholmer Friedensappell. Wie sich die Situation ständig weiter verschärfe, ist bekannt. Bei mir führte das zu der Schlussfolgerung, durch einen dreijährigen Ehrendienst in den Berliner Volkspolizeibereitschaften zum Schutz meines so mühsam aufgebauten Staates beizutragen. Aus diesen drei Jahren wurden dreißig.

Mit der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik Deutschland endete auch mein Dienst, nicht aber die Verpflichtung, für den Frieden zu kämpfen. Entgegen allen Träumereien von Gorbatschow (ob er wirklich nur ein Träumer war, ist nicht erwiesen) bis hin zu „Lieschen Müller“, die da meinte, sozialistische Errungenschaften und Westmark in der Tasche seien die ideale Lösung, entstand ein neuer, mächtiger Staat des Kapitals, der dessen Interessen aggressiv in der Welt vertritt. Er beteiligte sich am völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg. Er schickt seine Soldaten in Auslandseinsätze und erhöht ständig seine Rüstungsausgaben.

Die im Juli dieses Jahres ernannte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hatte in ihrer Antrittsrede nichts Wichtigeres zu verkünden, als dass sie es toll findet, dass die Bundeswehr Deutschland im Ausland verteidigt. Da soll wohl wieder „...am deutschen Wesen die Welt genesen“? Es scheint, als seien wir dazu auf dem besten Wege, denn die ehemalige Verteidigungsministerin Frau von der Leyen, eine Vertreterin einer monopolgesteuerten EU und Fürsprecherin einer weiteren Militarisierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, wird ihre neue Position als EU-Kommissionspräsidentin nutzen, um den Prozess verstärkten Rüstens und der politischen und wirtschaftlichen Expansion des europäischen Kapitals voranzutreiben. Darum stimme ich der Forderung von Anja Mewes in der Juli-Ausgabe von **ISOR-Aktuell** zu, dass wir im Kampf um den Frieden nicht nachlassen dürfen. Aus diesem Grunde habe ich an der Blockierung des Fliegerhorstes Büchel, wo 20 amerikanische Atombomben lagern, aktiv teilgenommen.

Ich halte es für alle, die den Frieden verteidigen, anlässlich der 80. Wiederkehr des Beginns des Zweiten Weltkrieges für meine Pflicht:

**Am 1. September 2019 an der Kundgebung vor dem Brandenburger Tor teilzunehmen.
Die Veranstaltung, die zwischen 13 und 17 Uhr stattfindet, unterstützt die Forderungen nach Abrüstung, Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr, für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, die Verhinderung sowohl einer Neustationierung von Mittelstreckenwaffen, als auch der äußeren und inneren Aufrüstung der EU, gegen die Stationierung von NATO-Truppen an der Grenze zur Russischen Föderation. Sie fordert eine Entspannungspolitik mit Russland sowie das Ende der Sanktionen.**

„Heute ist unser Planet in hohem Maße durch Krieg und Umweltzerstörung gefährdet. An uns ist es, die Regierung zu zwingen, alles dafür zu tun, die Welt vom Krieg zu befreien und die Verantwortung für ihre sozialen Aufgaben und einen konsequent ökologischen Umbau zu übernehmen.“, heißt es im Aufruf der Friedenskoordination Berlin.

Wir als ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR sind nach wie vor „Soldaten für den Frieden“. Lasst uns das erneut durch unsere Teilnahme an den Aktionen der Friedensbewegung beweisen.

Gewissheit in Rossoschka

Während einer Reise nach Wolgograd notiert

Auf einer der letzten Mitgliederversammlungen der Territorialen Arbeitsgruppe der GRH Marzahn erhielten wir einen Flyer, der u. a. eine Flugreise zum Freundschaftstreffen nach Wolgograd unter Leitung von Gisbert Graff anbot. Da wir schon immer vorhatten, Russland einen Besuch abzustatten, war eine Entscheidung zur Teilnahme an dieser Reise schnell beschlossen.

Das Reiseziel und die Reiseausrichtung als Freundschaftstreffen zeigten uns sofort, wir reisen mit gleichgesinnten Menschen, also in Familie. Die Gruppe traf sich zum Abflug nach Moskau in Berlin-Schönefeld und dort war zu erkennen, dass Reiseteilnehmer aus dem letzten Jahr wieder dabei waren.

Nach der Zwischenlandung in Moskau ging es weiter nach Wolgograd und dort in den Abendstunden mit dem Bus in unser Hotel. Auf dem Weg dorthin hatte Gisbert den weiteren Ablauf bekanntgegeben und die ihm zur Seite stehende Carola Weiß vorgestellt. Nach der Zimmerverteilung gab es noch eine Abendmahlzeit, bei der das eine oder andere Bier den Reisestress des Tages vergessen ließ.

Am nächsten Morgen bestiegen wir unseren Bus für eine Stadtrundfahrt und den Besuch des Mamajew-Hügels. Gisbert stellte uns die sympathische Dolmetscherin Elena vor, die uns in den nächsten Tagen betreuen wird. Am Mamajew-Hügel führte uns der Weg von der riesigen Statue "Mutter Heimat" direkt in die Gedenkhalle mit der "Ewigen Flamme". Mit unserem befreundeten Ehepaar hatten wir im Vorhinein besprochen, auf dieser Reise unsere militärischen Kopfbede-

ckungen mitzunehmen. Beim Betreten der Halle setzten wir diese auf und gingen den Weg bis nach unten, wo unsere Reisegruppe ein Blumengebinde niederlegte. Im Gedanken an die Helden der Roten Armee erwiesen wir ihnen eine militärische Ehrenbezeugung. Gerade in diesem Moment, als wir unsere Ehrung beendeten, fand der beeindruckende Wachwechsel der Ehrenwache statt. Bei allen Reiseteilnehmern waren Gänsehaut und feuchte Augen zu erkennen. Der Besuch des Mamajew-Hügels hat sicher bei allen Spuren hinterlassen.

Danach besichtigten wir das Paulus-Museum mit der Erklärung des historischen Werdeganges der Schlacht um Stalingrad.

Abends wurde uns ein Edelstein der russischen Kultur serviert. Wir hatten die Gelegenheit, im Theater eine Aufführung der Donkosaken zu erleben. Um es kurz zu fassen: Das war eine der eindrucksvollsten Aufführung. Der Applaus aller Theaterbesucher animierte die Künstler zu mindestens acht Zugaben.

In den nächsten Tagen wurden uns weitere Höhepunkte wie der Besuch der ersten Schleuse am Wolga-Don-Kanal und dem riesigen Lenindenkmal sowie das Freilichtmuseum Alt-Sarepta nahegebracht.

Der letzte Tag hatte es wieder in sich. Es führte uns zum Platz der gefallenen Helden. Vor einem beeindruckenden Obelisken mit der "Ewigen Flamme" war es für uns Ehre und Selbstverständnis, mit dem Ablegen eines Blumengebindes den Helden des Großen Vaterländischen Krieges unsere militärische Grußweisung zu erweisen.

Dabei waren Angehörige der örtlichen Duma zugegen. Bei Menschen, die zufällig vorbeikamen, wurde dieser Akt stark beachtet.

Nicht weit entfernt stand der einzige Baum, der diese wahnsinnige Schlacht um Stalingrad überlebt hatte. Seither wird er geachtet und gepflegt.

Im Anschluss fand ein Treffen mit Vertretern der Duma und mit Kriegsveteranen in der Städtischen Jugendfreizeitstätte statt. Die Kinder und Jugendlichen boten uns in beeindruckender Weise ihr Können aus ihrer Freizeitgestaltung dar.

Wie immer war keiner in der Lage, die Zeiger der Uhr zu blockieren.

Gern hätten wir noch längere Zeit mit den Kriegsveteranen verbracht.

Am Nachmittag war eine Schifffahrt auf der Wolga in unserem Programm. Hier hatten alle Zeit, die in den letzten Tagen aufgenommenen Erlebnisse zu verinnerlichen. Auch vom Schiff aus ist der Blick auf die Millionenstadt Wolgograd sehenswert. Abgerundet wurde hier dieser Tag mit einem geschmackvollen Buffet und entsprechenden geistigen Getränken, die es uns immer wieder erlaubten, einen Toast auf die Rote Armee auszubringen.

Am nächsten Tag stand schon wieder die Rückreise nach Berlin an. Wie immer und auf jeder Reise ist die Zeit viel zu knapp. Wir waren eine hervorragende Reisegruppe und konnten viele wertvolle Gespräche mit Menschen führen, denen schon immer klar war, gemeinsam mit Russland wird die Welt in Frieden leben.

Zu dieser eindrucksvollen Reise trugen wesentlich unser Reiseleiter Gisbert Graff, seine rechte Hand Dr. Carola Weiß und die Dolmetscherin Elena bei, denen dafür unser Dank gebührt.

Christine und Wolfgang Weigelt

*

Auch das noch

Als Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei im Bundestag zum Thema Altersarmut antwortete die Regierung, dass 9,3 Millionen Rentner (m/w/d), also mehr als die Hälfte von ihnen, mit **weniger** als 900 Euro im Monat auskommen müssen. Das klingt überhaupt nicht gut. Aber auch das noch: Erstmalig haben mit der aktuellen Rentenerhöhung viele unserer Vereinsmitglieder **mehr** als 800 Euro in der Tasche. Also bitte „positiv“ denken.

w.k.

An der Namenswand

Am Nachmittag fuhren wir nach Rossoschka zum Besuch des sowjetischen Friedhofs und des deutschen Soldatenfriedhofs zur Kranzniederlegung. Diese Fahrt war für uns eine einmalige Gelegenheit, den Verbleib zweier Großväter zu erfahren.

In Vorbereitung der Reise hatten wir Nachforschungen bei einschlägigen Institutionen betrieben und Hinweise dazu erhalten, wo die Gesuchten verblieben sind. In beiden Fällen sind wir fündig geworden und sind nun gewiss, wo die Großväter ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.



Fritz Schmenkel – Partisan und Held

Neulich hatte ich eine kleine CD zum Jubiläum eines Waisenkinderheimes 2016 in Spremberg in den Händen. Auf ihr besangen dessen Insassen einen "Schmenki", das Heimgespenst.

Sie besangen einen guten Geist des Hauses, der immer schon da war und es auch noch ist, in einem Leben, das auch bei den Kindern fröhlich und spannend sein kann.

Das Heim trug den Namen „Fritz Schmenkel“, dem deutschen Wehrmachtsdeserteur, einem der prominentesten Überläufer, einem Partisanenaufklärer.

Da der vom Ministerrat verliehene Name an zivile und militärische Einrichtungen nach 1989 systematisch getilgt wurde, aber immerhin noch in drei Städten Straßen den Namen von Fritz Schmenkel tragen, verschaffte mir diese CD und das Lied der Kinder ein außergewöhnliches Erlebnis.

Fritz Schmenkel gelang 1941 nach Verbüßung einer Haftstrafe im Wehrmachtsgefängnis Torgau wegen wiederholten unerlaubten Entfernens und unter dem Vorwand des Meldens zum Fronteinsatz das Überschreiten der „feindlichen Linie“ in Belorussland.

Als die Partisanen bei „Iwan Iwanowitsch“ nach einer Phase der Bewährung seine Bereitschaft und außergewöhnliche Fähigkeiten für den Aufklärungsdienst entdeckten, ließen sie in dafür weiter ausbilden.

Vom 20. Januar 1943 bis 6. Februar 1943 war Fritz Schmenkel für seine Partisaneneinheit als Aufklärer im Handlungsräum der Vernichtungsoperation „Sternlauf“ im Smolensker Raum eingesetzt.

Ein Jahr nach dieser Operation geriet Fritz Schmenkel im Dezember 1943 bei einem Aufklärungsauftrag in die Hände der Feldgendarmerie und wurde am 22. Februar 1944 nach Verurteilung durch das Kriegsgericht Minsk hingerichtet.

Während heute im „geeinten“ Deutschland ehemalige Mitglieder des NKFD immer noch für eine halbherzige Entnazifizierung in der DDR mit Beispielen von „strammen“ Nazis bis in obere Machtbereiche herhalten müssen, war es der DDR wert, Fritz Schmenkel zu gedenken.

In Chemnitz kam jetzt nach mehr als 30 Jahren eine der Fritz Schmenkel-Büsten der Stadt Karl-Marx-Stadt ans Tageslicht. Zwei weitere Plastiken, einst mit Standort in einer Wach – und Sicherungseinheit müssen als zerstört bzw. außer Landes gebracht gelten.

Für die aufgefundenen Büste wird ein neuer Standort gesichtet und die Broschüre des VVN BdA „Gegen das Vergessen“ verfügt wieder über einen dokumentierten Erinnerungsort mehr.

Bei den im Herbst geplanten Rundgängen zwischen den einzelnen Erinnerungsorten z.B. im Stadtteil Kassberg unter dem Titel „Was uns Straßen erzählen“ wird nicht nur vom Leben und Tode von Fritz Schmenkel sondern auch davon berichtet werden, dass ihm und anderen Opfern von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in der DDR Gerechtigkeit widerfuhr.

1977 wurde der 62-jährige Willi Friedrich Karl Brand vom Stadtgericht Berlin als Angehöriger der Wehrmacht und der Feldgendarmerie u.a. auch wegen seiner Teilnahme an der großangelegten Vernichtungsaktion gegen Partisanen, an der Operation „Sternlauf“ im Raum Smolensk, bei der er Gendarmen und „Bandenbekämpfer“ befehligte, verurteilt. Ihm wurden weitere Verbrechen wie eine Beteiligung an der Lebendverbrennung von Frauen und Kindern zur Last gelegt.

In den Vernehmungen bekundete Brand unumwunden seinen Hass gegen Bolschewismus und Partisanen, weshalb er auch Frauen und Kinder erschoss.

Das Urteil wurde mit einem Urteil des Obersten Gerichts der DDR rechtskräftig.

Peter Blechschmidt, Chemnitz

*

Bei anderen gelesen

„Gauck für erweiterte Toleranz nach rechts“, in „Schweriner Volkszeitung“ vom 17. Juni

Als ich den Beitrag über die Haltung des ehemaligen Bundespräsidenten las, glaubte ich, mich tritt ein Pferd. Ein Mann seiner politischen „Größe“ fordert mehr „erweiterte Toleranz“ nach rechts und sich gegen die Ausgrenzung der AfD zu stellen. Das ist der Gipfel aller bisherigen Fehleinschätzungen höchster Politiker in unserem Gemeinwesen. Nein, Herr Gauck, es muss der rechtspolitischen Entwicklung, die bereits in der bundesrepublikanischen Demokratie offensichtlich einen unaufhaltsamen Weg eingenommen hat, scharfe Kante gezeigt werden. Ein weiteres Abdriften der BRD nach rechts muss mit der Kraft aller antinazistischen demokratischen Menschen verhindert werden. Dann werden Morde, wie jüngst an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke begangen, ausgeschlossen. Die Ernsthaftigkeit der gegenwärtigen rechtspolitischen Situation erfordert die Verhinderung jeglichen Spielraumes. Wenn dem neonazistischen Netzwerk kein rechtlicher Widerstand geboten wird, ist unsere Demokratie in höchster Gefahr. Dessen sollte sich Gauck doch bewusst sein.

Walter Krüger, Güstrow

*

Aus der Postmappe

Der Tag „Wider das Vergessen“ – 22. Juni 2019

An diesem Tag im Jahre 1941 begann Hitlerdeutschland den ungeheuerlichsten Eroberungs-, Vernichtungs- und Versklavungskrieg gegen die UdSSR, einen Krieg, wie ihn die moderne Geschichte bis dahin nicht kannte. In dessen Gefolge wurden mindestens 30 Millionen Sowjetbürger getötet. Millionen wurden versklavt und vertrieben. Das Ziel war die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“. Der Tag wird bis heute in Russland, Weißrussland und der Ukraine als „Tag der Erinnerung und der Trauer“ begangen. Gedenkzeremonien finden statt, auf Friedhöfen und an Mahnmalen, die Nationalflaggen werden gesenkt, man gedenkt in den Familien der Toten. Unterhaltungssendungen in den öffentlichen Medien finden nicht statt. Tag der Trauer und der Besinnung, des Gedenkens der ungeheuren Opfer, die das Land erbringen musste und der Anstrengungen, um diesen Krieg und seine Folgen zu überwinden. Auch der Opfer, die erbracht wurden, um Europa von der braunen Pest zu befreien.

Ich habe geschaut ob unsere öffentlich-rechtlichen TV Medien diesen Tag, zumindest ansatzweise, in seiner Bedeutung würdigen. Leider bin ich nicht fündig geworden. Weder im Tages- noch Abendprogramm von ARD/ZDF und der Regionalsender gab es auch nur einen passenden Beitrag. Lediglich Phoenix hatte ein Thema zur Geschichte. Aber gegenüber dem Tag eher wenig angemessen, „Versailles-Schmach oder Chance“- Dokumentation. Ich war Dank später Geburt nicht in diesem Krieg. Mein Vater war es. Persönliche Schuld trägt wohl kaum noch jemand.

Aber die Pflicht nicht zu vergessen, so etwas nie wieder zuzulassen, die haben wir! Unser Verein nutzte diesen Tag, um während des Landesparteitages Der Linken in Chemnitz, im Foyer des Tagungszentrums Stimmen für unsere, beim Deutschen Bundestag eingereichte Petition zu sammeln; gegen die weitere Beteiligung der Bundesrepublik an den Sanktionen gegen Russland, gegen den Einsatz von Bundeswehrsoldaten vor Russlands Grenzen im Baltikum, gegen logistische Handlungen von Nato-Truppen auf sächsischem Territorium zur Sicherung ihrer Baltikum-Operationen. Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch Russische Freundschaft bei der Linken Sachsens war das unser Tag: „Wider das Vergessen“.

Norbert Staffa,
Erzgebirgsfreunde Russlands e. V.

*

Zum Artikel Rentengerechtigkeit für Volkspolizisten schreibt Siegfried Tietz aus Altenberg:

Diese Forderung unterstütze ich ganz, aber es geht nicht nur um die ehemaligen Volkspolizisten, sondern um alle, damals genannten Staatsdiener, die keine Beamten waren, sondern Angestellte, die aber regelmäßig für ihre Altersvorsorge einzahlen mussten. Die heutigen und schon damaligen Beamten in den alten Bundesländern haben nicht für die Altersvorsorge einzahlen müssen bis heute noch nicht. Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende finden.

*

„Der letzte Mann“ (**Isor aktuell** Juni) ist ein hervorragendes Zeitdokument mit klaren pol.-operativen Aussagen über die Arbeit des MfS u. Angriffe gegen die DDR im Kalten Krieg von deren Gründung bis Auflösung. Die Darlegungen sind objektiv, ehrlich u. sachlich. Jeder von uns, der seinen Dienst für ein besseres neues, sozialistisches Deutschland bewusst wahrgenommen hat, sollte das Buch gelesen haben. Auf diesem Wege möchte ich den Autoren danken für ein zeitgeschichtlich wertvolles Buch.

Peter Jouly

*

Sorge um (EU)-Europa
 Schon lange höre ich, dass sich führende Politiker um Europa sorgen. Ich hielt es immer für etwas übertrieben. Fehler macht schließlich jeder einmal. Manche Aktivitäten der EU empfand ich seltsam bis lächerlich aber im Wesentlichen hatte ich den Eindruck, dass wir unter Führung des bisherigen Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, gut vertreten wurden. Und nun das, wie ein aus dem Hut gezaubertes Kaninchen taucht plötzlich Frau von der Leyen auf und wird prompt Präsidentin. Wie konnte denn das passieren? Sind das nun die neuen demokratischen Prozesse? Wo kommen denn plötzlich die ganzen Vorschusslorbeeren her. Sicher, sie eignete sich wohl sehr gut als Vorzeigefrau aber ihre fachliche Kompetenz konnte mich nicht begeistern und jemand, der die Bundeswehr in einem so bedauerlichen Zustand hinterlässt, soll nun seine wahre Bestimmung als Präsidentin der EU-Kommission finden? Natürlich, die Jure ist sie es nun auch und ich hoffe und wünsche ihr Erfolg. In mir werden aber Erinnerungen wach, an den Film „Die tollkühnen Männer in ihren fliegenden Kisten“. Gerd Fröbe spielt dort den

Colonel Manfred von Holstein. Er sagt sinngemäß den Satz, ein Offizier kann alles und studiert während seiner Flugversuche die Bedienungsanleitung seines Flugzeuges. Das Ganze fällt dann auch folgerichtig ins Wasser. Frau von der Leyen war aber nie Offizier und ich habe den Verdacht, dass es für die Führung eines Verteidigungsministeriums auch keine Bedienungsanleitung gab und auch für die Präsidentschaft der EU-Kommission nicht. Jetzt aber habe auch ich wirklich Sorge um Europa. Die Verteilung von Vorschusslorbeeren war noch nie von Erfolg gekrönt. US-Präsident Obama erhielt z.B. ohne adäquate Leistungen einfach so den Friedensnobelpreis. Wurde dann aber zu einem der kriegerischsten Präsidenten. Auf jeden Fall war er nett und lächelte sympathisch.

Ich denke an ein Zitat von Kurt Tucholsky: „Eine Regierung ist nicht der Ausdruck des Volkswillens, sondern der Ausdruck dessen, was ein Volk erträgt.“

Ich bleibe dennoch optimistisch und hoffe, dass mit der Wahlauscheidung für Frau von der Leyen mehr als nur eine Erträglichkeit für das Volk entsteht. **Jürgen Barz, Wismar**

*

Wenn sie sich nicht zanken, fälschen sie

So lange die Zersplitterung unseres Vaterlandes besteht, so lange sind wir politisch Null, ...

Wir wollen heimjagen, woher sie gekommen sind alle die verrückten ausländischen Gebräuche und Moden, alle die überflüssigen Fremdwörter; wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einigen, unteilbaren, starken ..., freien deutschen Volk.

Friedrich Engels, 1840



Konstitutionalismus, Preßfreiheit und was wir noch mehr verlangen, alles fromme Wünsche, deren Ausführung immer halb bleiben wird; darnach also strebt und nicht nach Exstirpation der Franzosen!

Aber dennoch hat die deutschümelnde Negation ihre Aufgabe noch immer nicht ganz vollbracht: es ist noch genug über die Alpen, den Rhein und die Weichsel heimzu-

schicken. Den Russen wollen wir die Pentarchie lassen; den Italienern ihren Papismus und was daran klebt, ihren Bellini, Donizetti und selbst Rossini, wenn sie mit diesem groß tun wollen gegen Mozart und Beethoven; den Franzosen ihre arroganten Urteile über uns, ihre Vaudevilles und Opern, ihren Scribe und Adam. Wir wollen heimjagen, woher sie gekommen sind alle die verrückten ausländischen Gebräuche und Moden, alle die überflüssigen Fremdwörter; wir wollen aufhören, die Narren der Fremden zu sein und zusammenhalten zu einem einigen, unteilbaren, starken – und so

Gott will, freien deutschen Volk.“ Es handelt sich um einen Text von Ernst Moritz Arndt, den er im Oktober-Dezember 1840 schrieb und zuerst im Telegraph für Deutschland Nr. 2-5, im Januar 1841 veröffentlichte. Arndt war ein patriotisch-bürgerlicher Schriftsteller. Seine demokratische-nationale Gesinnung führte ihn in den Widerstand gegen die napoleonische Fremdherrschaft. In Russland war er 1812 zeitweilig Privatsekretär des Reformers Freiherr vom Stein. 1848 wurde er Abgeordneter der bürgerlichen Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt/Main. Er forderte die Einheit und Selbstständigkeit Deutschlands sowie die Pflege der deutschen Sprache. Deswegen verfolgte ihn die feudale deutsche Reaktion. Nur vor diesem Hintergrund kann dieses Zitat und nur bei Beachtung der geschichtlichen Zustände des damals zerstückelten Deutschlands verstanden werden. Aber dafür fehlt den AfD Geschichtsfälschern vermutlich Wissen und Verstand, zumindest aber der Wille zur historisch korrekten Darstellung.

Textquelle: Gustav Mayers Biografie von Friedrich Engels,
 Erster Band, Verlag von Julius Springer, Berlin 1920, Seite 152

Bernd Reitenstein

(Aus dem ISOR-Mitteilungsblatt
 der TIG Weißenfels)

*

Dieses Zitat geistert durch das Internet. Vorwiegend von AfD Anhängern wird es dort in Umlauf gebracht.

Sie berufen sich auf einen Appell von Friedrich Engels aus dem Jahre 1840. Ein „Appell aus dem Jahre 1840“ von Engels ist aber in der MEW-Gesamtausgabe nicht verzeichnet und auch sonst bei Engels nirgends zu finden. Es kann also Friedrich Engels schwerlich zugeschrieben werden. Trotzdem ist es aber auffindbar:

„So lange die Zersplitterung unseres Vaterlandes besteht, so lange sind wir politisch Null, so lange sind öffentliches Leben, ausgebildeter

Zwischenruf

„Ich sehe die Schatten aufsteigen, wohin ich mich wende. Ich sehe sie, wenn ich abends durch die gellenden Straßen von Berlin gehe; wenn ich die Indolenz unseres wahnsinnig ge-

wordenen Reichtums erblicke; wenn ich die Nichtigkeit kraftstrotzender Worte vernehme.“

Walther Rathenau 1911,
(ermordet 1922)

UNENTDECKTES LAND – DIE AUSSTELLUNG

31. August bis 08. September 2019, tägl. 10 bis 18 Uhr

Am Brunnen der Völkerfreundschaft Berlin Alexanderplatz

Diese DDR! Aber was und wie haben sie es dort gemacht, wenn sie alles so anders gemacht haben? Was erreicht, was nicht, warum nicht, wer stand dagegen? Was war dort Antrieb? Nur der Profit, so wie hier? Was hielt die Gesellschaft dort zusammen? Nur die Angst um den Job und Hass gegen „Fremde“, so wie heute? Welche Möglichkeiten, Probleme, Siege und Niederlagen gab es dort? Wir wollen alles wissen und den Reim drauf selbst machen!

Doch Wissen ist in Gefahr, wenn davon keiner wissen soll. Ist es uns verschüttet, muss nochmal gefunden werden. So wie das Wissen um die DDR – so wie ein unentdecktes Land.

Diese Ausstellung ist das Logbuch einer Entdeckungsreise.

Heraus zum antifaschistischen Gedenken im Gamengrund am 24. August!

Am 24. August 1941 traf sich im Gamengrund, unweit der Gemeinde Tiefensee, eine Gruppe von mehr als 50 Berliner Antifaschisten, unter strenger Geheimhaltung. Noch wurde im Radio Sieg für Sieg im Krieg gegen die Sowjetunion bekanntgegeben. Eine Einschätzung der Situation und die Koordinierung des Widerstandskampfes waren nötig und Ziel des Treffens im Gamengrund. Durch Verrat wurden viele der Teilnehmer im Februar 1942 verhaftet. Unter der Folter bei den Verhören starben bereits bei den Voruntersuchungen 16 Verhaftete.

Es ist inzwischen zur Tradition geworden, dass Antifaschisten aus Strausberg, und Umgebung sich jährlich im Gamengrund versammeln und an das Vermächtnis der Antifaschisten erinnern. Dabei geht es neben der Ehrung auch um die heutigen Aufgaben. Die dringende Notwendigkeit zur Zusammenarbeit sehen wir auch deshalb, weil uns die aggressive Politik der Nato gegen Russland und China mit Sorge erfüllt und uns im Friedenkampf vor große Herausforderungen stellt.

Friede mit Russland! Abrüsten statt Aufrüsten! Raus aus der Nato

10:30 Uhr Treffen und Wanderung zur Gedenkstätte und Ehrung am Gedenkstein. Treffpunkt am Samstag, 24. August, am Parkplatz an der B 168 Prötz-Tiefensee, Richtung Tiefensee. Mitfahrtgelegenheit ab Strausberg oder Werneuchen (Kontakt über die DKP Strausberg)

12:00 bis 14:00 Uhr Gelegenheit zum Gespräch und Gedankenaustausch. Dazu lädt Rüdiger Kramer ins Dorfgemeinschaftshaus Gielsdorf zum Mittagessen und Kaffee und Kuchen ein Kontakt und Information: DKP Strausberg und Umgebung: c/o Nils Borchert, Tel.: 01631568839 E-Mail: DKP-Strausberg@email.de

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel , Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 31.07.2019

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.08.2019

Einstellung im Internet: 06.09.2019

Auslieferung: 11.09.2019

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

Rechtsfragen Peter Ott (Di. u. Do.) – Tel.: (030) 29784315

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16